

Forderung: Klimaneutralität bis 2035

os. Buchholz. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, dass die Klimapolitik der Bundesregierung nicht ausreicht, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem Jahr 2015 einzuhalten, hat auch Auswirkungen auf die Kommunen vor Ort. Diese Einschätzung vertritt die Buchholzer Gruppe der Initiative „Parents for Future“.

Für Buchholz bedeute das Urteil, dass die Klimaneutralität deutlich früher als vom Stadtrat beschlossen umgesetzt werden müsse, erklärt Alexa Vetter von „Parents for Future“. Wie berichtet, hatte der Stadtrat zusätzlich zu dem von einem breiten Parteienbündnis

geforderten Aktionsplan bis zum Jahr 2035 einen zweiten Plan aus den Reihen von FDP und CDU verabschiedet, der eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 untersuchen soll. Es sei klar, dass Buchholz das Ziel nicht allein erreichen könne. „Dazu braucht es klare Gesetze im Bund und in den Ländern“, fordert Vetter.

Das Bundesverfassungsgericht habe der Klimapolitik der Bundesregierung die gelbe Karte gezeigt, ergänzt Astrid Oelker von „Parents for Future“. Es liege in der Hand der politischen Parteien, die ab September Regierungsverantwortung übernehmen wollen, ob daraus die rote Karte durch die Wähler werde.